

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 85 (1993)

Heft: 1

Rubrik: Die internationale Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

IMB-Präsident kritisiert lange Arbeitszeiten in Japan

Franz Steinkühler, IMB-Präsident und IG Metall-Vorsitzender, hat japanische Unternehmen des «Exports von Arbeitslosigkeit» und des «Sozialdumpings» beschuldigt. Diese Erklärung gab Steinkühler nach einem Treffen mit dortigen Metallgewerkschaften ab, deren Präsident, Teruhito Tokumoto, das Engagement der Gewerkschaften unterstrich, die Jahresarbeitszeit in der Industrie auf 1800 Stunden zu senken.

Der IMB-Präsident lobte die Kampagne der japanischen Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung. Tokumoto beschrieb die Übereinstimmung mit führenden Automobilfirmen in diesem Punkt. Es sei jedoch noch kein Datum für ihre Einführung festgelegt. Der IMB-Präsident erläuterte weiter, japanische Automobilfirmen erhöhten weit über den erwarteten Nachfrageanstieg hinaus «fieberhaft» ihre Produktion im Inland und in Europa, wo Honda soeben die erste gewerkschaftsfreie Fertigungsanlage in England in Betrieb genommen hat. Dies könne zu einem erbitterten Überlebenskampf führen, in dem andere Automobilfirmen zusammenbrechen würden. Der japanische Ausstoss stütze sich auf lange

Arbeitszeiten, übermässige Überstunden und kurzen Jahresurlaub, so der Protest des IMB-Präsidenten und IG-Metall-Vorsitzenden. Er sei nicht gegen Wettbewerb, und die deutschen Metallunternehmen müs-

ten unter sozial akzeptablen Bedingungen modernisiert werden, um die japanischen Produktivitätsniveaus zu erreichen.

Steinkühler forderte eine Angleichung der Arbeitsbedingungen, namentlich der Arbeitszeiten in den G7-Ländern. «Wenn die grossen Unterschiede in den Arbeitsbedingungen weiterbestehen, wird die Gefahr des Protektionismus nur noch grösser.» ■■■

Quelle: IMB-Nachrichten, 12, 92

Haiti: Gewerkschafter im Gefängnis

Der IBFG hat sich schriftlich an die Behörden Haitis gewandt, um seine Besorgnis angesichts der fortdauernden Inhaftierung von drei Gewerkschaftern zum Ausdruck zu bringen. Solon Cadet, Chef des nationalen Bundes, des CTH, sowie Bahurel Medelus und Reverend Louis German, Mitglieder der Landarbeitergewerkschaft Haitis, wurden am 3. Dezember verhaftet. Der IBFG verurteilte die Inhaftierungen, Einschüchterungen und Morde, zu denen es in Haiti täglich kommt. ■■■

Quelle: IBFG-Nachrichten 1, 93

Türkei: Gewerkschaftsinstitut von DISK

Der türkische Gewerkschaftsbund DISK, der in der Zeit der Militärdiktatur verboten war und dessen Gewerkschaftsführer verhaftet wurden, verstärkt jetzt seine Arbeit, nachdem ihm das von der Regierung be-

schlagnahmte Vermögen wieder zurückgegeben worden ist. Als Teil dieser neuen Aktivität hat DISK kürzlich auch ein Gewerkschaftsinstitut geschaffen. Der Gewerkschaftsbund Türk-Is hat bisher kein eigenständiges Forschungsinstitut, verfügt aber über Forschungskapazitäten innerhalb der Gewerkschaftszentrale sowie einiger seiner Mitgliedsverbände. ■■■

Quelle: EGI-Newsletter 3, 92

Deutschland: Kontroverse um 1.-Mai-Motto

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) entschied sich 1993 für folgendes 1.-Mai-Motto: «Zeichen setzen: Für Gleichberechtigung, Toleranz und Gerechtigkeit». Dazu «Die Quelle», die Funktionärszeitschrift des DGB:

«In dem Motto sind die Fragen angesprochen, die alle Mitglieder der Gewerkschaften 1993 bewegen. Die Gewerkschaften fordern Gerechtigkeit in Ost und West und vor einer sich abzeichnenden Rezession mit zurzeit noch nicht absehbaren Beschäftigungsbrüchen in den meisten Branchen. Sie erwarten Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten – für den Aufbau im Osten, für die Minderung der Rezessionsfolgen und für die Unterstützung der Staaten in Mittel- und Osteuropa. Wir wollen Gerechtigkeit für die Menschen, die aus anderen Staaten zu uns gekommen sind, vor Bürgerkriegen oder politischer

Unterdrückung fliehen. Mit dem Begriff «Toleranz» appelliert das Motto an alle Mitbürgerinnen und Bürger, das «Fremde» in unserer Nachbarschaft nicht auszugrenzen und sich gegen Fremdenfeindlichkeit einzusetzen.»

Proteste gegen dieses Motto gab es vor allem von Frauenseite. Der DGB hatte 1992 noch das Motto «Frau geht vor» erwägt, dieses aber schliesslich zugunsten der jetzt gewählten «alle Mitglieder» bewegenden Formulierung beiseite gelassen. ■■■

Quelle: Die Quelle 1, 93

Proteste gegen Verhaftungen

Malawi: Der IBFG hat die Verhaftung von über 150 Mitgliedern der malawischen Demokratiebewegung AFORD vom 20. Dezember verurteilt. Die Verhafteten, die anschliessend gegen Kaution freigelassen wurden, hatten sich alle aktiv für eine Mehrparteiendemokratie und die Freilassung von Gewerkschaftsführer und Demokratieverfechter Chakufwa Chihana eingesetzt. In einem Schreiben an den malawischen Präsidenten Hastings Banda wiederholte der IBFG seine Forderung nach der Freilassung Chihanas und erklärte, dass die internationale Gemeinschaft das Referendum am 15. März mit Argwohn betrachten werde, falls die Einschüterung der Demokratiekräfte nicht beendet und es den Menschen nicht gestattet werde, sich uneingeschränkt für ihre Vorstellungen einzusetzen. ■■■

Quelle: IBFG-Nachrichten 1, 93